

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Kultur, Wissenschaft und Unterricht – Abteilung Schulen

Bezug	BearbeiterIn	(0 27 42) 9005	Durchwahl	Datum
K4-GV-97/203-2012	Mag. Rupert Kleibel	13274	13274	26. Juni 2012
	Mag. Yvonne Friedrich-Koizar	13246	13246	

Betrifft
NÖ Schulzeitgesetz 1978, 15. Novelle

Hoher Landtag!

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 27.06.2012
Ltg. - **1296/Sch-3/2-2012**
Sch-Ausschuss

Zum Gesetzesentwurf wird berichtet:

Allgemeiner Teil:

Ist-Zustand:

Das NÖ Schulzeitgesetz 1978 nimmt derzeit auf folgende im NÖ Pflichtschulgesetz geregelten allgemeinbildende Pflichtschularten Bezug: Volksschule, Hauptschule, Sonderschule, Polytechnische Schule.

Der Bund hat das Schulorganisationsgesetz, BGBl. 242/1962, das Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz und das Schulzeitgesetz 1985 durch BGBl. I Nr. 36/2012 geändert.

Mit BGBl. I Nr. 36/2012 wurde die Neue Mittelschule als neue Pflichtschulart eingeführt. Sie soll bis zu Beginn des Schuljahres 2018/19 die Hauptschule ersetzen. Die Streichung der Hauptschule wird in einem späteren Gesetzgebungsverfahren vorgenommen werden.

Soll-Zustand:

Die Landesgesetzgebung wird aufgefordert, die Ausführungsgesetze binnen eines Jahres zu erlassen und mit 1. September 2012 in Kraft zu setzen.

Um den Grundsatzgesetzen zu entsprechen, ist das NÖ Schulzeitgesetz 1978 dahingehend anzupassen.

Kosten:

Durch den vorliegenden Entwurf der Änderung des NÖ Schulzeitgesetzes fallen dem Land Niederösterreich keine zusätzlichen Kosten an.

Besonderer Teil:

Zu Z. 1. bis 3.:

Mit diesen Änderungen wird der Grundsatzgesetzgebung entsprochen und die Neue NÖ Mittelschule ins NÖ Schulzeitgesetz 1978 als allgemeinbildende Pflichtschule aufgenommen.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich daher, den Antrag zu stellen:

Der Hohe Landtag wolle die beiliegende Vorlage der NÖ Landesregierung über den Entwurf der Änderung des NÖ Schulzeitgesetzes 1978 der verfassungsmäßigen Behandlung unterziehen und einen entsprechenden Gesetzesbeschluss fassen.

NÖ Landesregierung
Mag. Wilfing
Landesrat